Detailansicht des Regelungsvorhabens

Wirtschaft spürbar von Berichts- und Dokumentationspflichten entlasten

Aktuell seit 24.11.2026 09:32:33

Angegeben von:
Stiftung Familienunternehmen und Politik (R000083) am 10.08.2026

Beschreibung:
Es ist zu begrüßen, dass die Regierungskoalition mit einem Berichtsentlastungsgesetz einen systemischen Ansatz wählt, um Wirtschaft und Bürger pauschal von unnötigen Berichts- und Dokumentationspflichten zu entlasten. Für den Erfolg des Gesetzes wäre es wichtig, ein zweistufiges Verfahren mit eigenständigen Schritten vorzusehen: die Maßgaben zur Entlastung von Berichtspflichten einerseits und die Festlegung von Ausnahmen und deren entsprechenden Begründungsaufwand andererseits in einem gesonderten Gesetz. Nur durch diese klare Trennung kommt die für das Gelingen des Vorhabens zentrale Beweislastumkehr zum Tragen. Auch sollte der Ausnahmekatalog von der Zustimmung des Deutschen Bundestags abhängig gemacht werden, um eine angemessene Öffentlichkeit herzustellen.

Betroffene Interessenbereiche (5)

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]
Rechtspolitik [alle RV hierzu]
Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]
Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2611240005** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.10.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]